



Die vier Abgeordneten der KPÖ im Landtag und die beiden Grazer KPÖ-Stadträtinnen legten zum Jahreswechsel offen, was mit ihren Bezügen geschieht: Allein 2006 halfen sie mit fast 135.000 Euro.

## DER SOZIALFONDS

**In den KPÖ-Sozialfonds** zahlen die KPÖ-Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenecker, Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg und Renate Pacher sowie die Grazer KPÖ-Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis ein.

**Die KPÖ Politikerinnen und Politiker** behalten von ihren Polit-Einkommen rund 1900 Euro netto monatlich, das orientiert sich an einem durchschnittlichen Facharbeitereinkommen. Zweit-Einkommen gibt es nicht. Der Sozialfonds wird in Notfällen eingesetzt, wo die staatlichen Sozialnetze versagen.

## KPÖ-POLITIKERBEZÜGE FÜR NOTFÄLLE

# 134.687 Polit-Euro gespendet

Exorbitant hoch sind die Bezüge vieler Politiker. Die KPÖ-Mandatare nutzen das, um in Not Geratenen zu helfen: 2006 wurden 777 Personen mit 134.687 Euro unterstützt. Insgesamt gingen seit 1998 schon 502.000 Euro an Bedürftige.

Wenn die Not am größten ist, ist guter Rat oft teuer. Wenn das soziale Netz versagt, springt der KPÖ-Sozialfonds ein. In diesen Fonds fließt der Großteil der KPÖ-Politikerbezüge. „Seit 1998 stellen wir dieses Geld zur Verfügung“, erklärt Wohnungsstadträtin Elke Kahr. In diesem Jahr wurde Ernest Kaltenecker Stadtrat in Graz und damit Bezieher eines Politikereinkommens von mehr als 5.000 Euro. Als Kritiker der überhöhten Einkommen beschränkte er sich persönlich auf ein Facharbeitereinkommen und nützte das darüber hinausgehende Geld für wirkliche Notfälle. Diesem Vorbild folgen die KPÖ-Mandata-

rinnen und -Mandatare in der Stadtregierung und im Landtag. „Wir wollen nicht an Bodenhaftung verlieren“, erklärt Stadträtin Kahr, „und wir wollen denen helfen, die in Not geraten sind“.

Der Großteil dieses Geldes wird für unvorhergesehene Belastungen verwendet. Heilbehelfe, Sanierungsarbeiten in Wohnungen, Zahlungsrückstände bei Heizung oder Strom – all das findet sich auf den Sorgenlisten derer, die bei den KPÖ-Mandataren ein offenes Ohr finden.

Die KPÖ-Stadträtinnen und die Landtagsabgeordneten behalten rund 1900 Euro für sich selbst. „Das ist ein ausreichendes Gehalt. Die Menschen, die in meine

Sozialberatung kommen, können von so einer Summe nur träumen. Und wir sollten uns nicht zu weit entfernen von den Menschen, die uns um Hilfe bitten“, sagt Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

„Wir achten darauf, dass das Geld sinnvoll eingesetzt wird“, so Ernest Kaltenecker, KPÖ-Klubchef im Landtag, „wenn jemand spielsüchtig ist, dann hilft man ihm nicht damit, dass man Geld hergibt. Oft geht das Geld auch direkt an Hausverwaltungen, Energieunternehmen oder Schulen, wenn Eltern sich eine Schullandwoche des Kindes nicht leisten können“.

Freilich geht es um noch mehr als um das Verteilen von Geld. „Es zählt auch die menschliche Beratung. Wir hören die Anliegen an, ohne herunterzuschauen. Es ist auch wichtig, dass die Menschen wissen, dass sie bei uns

ihre Sorgen ohne Vorbehalte vorbringen können“, erklärt Elke Kahr, „es gibt einfach viele, die würden nie zur Caritas gehen oder zum Sozialamt, weil sie sich genießen. Aber zu uns kommen sie“.

Die KPÖ-Politiker wollen damit einen Anstoß geben, damit sich global etwas verändert. Sie denken an eine Steuerreform, die nicht wie bisher vor allem die Konzerne, die Reichen und deren Stiftungsvermögen entlastet. Vor allem „die Leute müssen anständig verdienen. 1.000 oder weniger Euro für einen 38-Stunden-Job sind nicht tragbar“, so Landtagsabgeordneter Werner Murgg, der an geänderte Kollektivverträge und gesetzliche Mindesteinkommen denkt.

Ein weiter Weg ist also noch zu gehen. Vielen wird er mit dem Sozialfonds der KPÖ auch weiter etwas leichter fallen.